

## **Sozialabbau und Eigenverantwortung Ohnmachtsgefühle angesichts wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen**

Vortrag bei der Jahrestagung der Internationalen Erich-Fromm-Gesellschaft „Vom Umgang mit Ohnmachtserfahrungen“ am 22. Mai 2004 in Gummersbach. Obwohl die seither beschlossenen „Reformen“ Anlass zu weiterer Kritik geben könnten, wurde der Text in der ursprünglichen Fassung belassen. - Erstveröffentlichung in: *Fromm Forum* (Deutsche Ausgabe) 9 / 2005, Tuebingen (Selbstverlag) 2005, S. 8-21.

**Copyright** © 2005 by Dr. Helmut Johach, Walpersdorfer Str. 13, D-91126 Rednitz-hembach; E-Mail: helmut.johach[at-symboly]web.de

### **1. Die derzeitige Situation: Sozialstaat am Ende?**

Verfolgt man die Entwicklung des vergangenen Jahres seit der Kanzlerrede vom 14. März 2003, die hektische Betriebsamkeit von Kommissionen, Parteitagen und Parlamentsausschüssen sowie schließlich die im Dezember 2003 von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten Gesetze, die seit Beginn dieses Jahres „greifen“, d.h. sich in Form von Praxisgebühren und gestiegenen Medikamentenzuzahlungen für gesetzlich *Krankenversicherte*, Nullrunden und erhöhten Pflegeversicherungs-Beiträgen für *Rentner*, Kürzung der Lohnersatzleistungen, Wegfall der bisherigen Arbeitslosenhilfe und Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen für *Arbeitslose* auswirken, so kann alles Gerede von sozial gerechten „Reformen“, die die „Eigenverantwortung bei der Gesundheitsversorgung und Altersvorsorge“ (*Bundesregierung*, 2003, S. 10) stärken sollen, nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich hier um krassen *Sozialabbau* handelt. Zieht man dann noch die langfristigen Prognosen zur demografischen Entwicklung und zur immer ungünstiger werdenden Relation zwischen Erwerbstätigen und Rentnern auf der einen Seite, die zunehmende Finanznot der Versicherungssysteme und öffentlichen Kassen, die schon jetzt zu drastischen Einsparungen im Bildungs- und Sozialbereich geführt

hat, auf der anderen Seite mit heran, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass der Sozialstaat in einer veritablen *Krise* steckt. Dies ist noch um einiges zu schwach ausgedrückt, zutreffender wäre es, zu sagen: Er ist *zum Abbruch freigegeben*. Die mit der *Agenda 2010* beschlossenen „Reformen“ bilden nur den Auftakt zu weitaus drastischeren Einschnitten, von denen wir alle betroffen sein werden, ob es nun die künftigen Renten und die Absicherung der Risiken von Krankheit und Arbeitslosigkeit oder die Kosten für Bildung und öffentliche Dienstleistungen sind.

Nun möchte ich hier nicht als *Kassandra* auftreten. Ich möchte mich aber auch nicht mit Beschwichtigungsformeln zufrieden geben, etwa von der Art: „Es wird alles schon nicht so schlimm werden - schließlich haben wir ja eine sozialdemokratisch geführte Regierung“ und: „Der nächste Wirtschaftsaufschwung kommt bestimmt“. Es ist ja beschämender Weise eine *sozialdemokratisch* geführte Regierung, die gegen den Widerstand einzelner Parteilinker mit der *Agenda 2010* im Parlament und im Vermittlungsausschuss den Sozialabbau durchgedrückt hat. Und der Wirtschaftsaufschwung - wenn er denn kommen sollte - wird mit ziemlicher Sicherheit wieder, wie nach früheren Wirtschaftskrisen, an den Langzeitarbeitslosen vorbei gehen. Dass bei einem Wirtschaftsaufschwung die vor kurzem in

Gang gesetzten Reformen - sprich: Maßnahmen zum Sozialabbau - wieder rückgängig gemacht werden könnten, wie es die rot-grüne Koalition nach ihrem ersten Wahlsieg im Jahr 1998 noch mit der von der früheren Kohl-Regierung beschlossenen Kürzung der *Lohnfortzahlung im Krankheitsfall* gemacht hat, halte ich für so gut wie ausgeschlossen.

Bei realistischer Einschätzung der Lage muss man also zu dem Ergebnis kommen, dass die soziale Lage des wirtschaftlich schwächeren Teils der Bevölkerung, bis weit in die Mittelschicht hinein, sich *in den nächsten Jahren erheblich verschlechtern* wird. Daran wird auch ein Regierungswechsel nichts ändern - im Gegenteil: Sieht man sich die unter Federführung eines ehemaligen Bundesverfassungsrichters (und zeitweiligen Bundespräsidenten) zu Stande gekommenen Beschlüsse der CDU zum gänzlichen Ausstieg der Arbeitgeber aus der gesetzlichen Krankenversicherung, zur Abkoppelung der Beitragshöhe von den Einkommen (sog. „Kopfpauschale“) und zur weiteren Kürzung von Renten und Arbeitslosenunterstützung an, so muss man zu dem Ergebnis kommen, dass damit nicht nur ein krasser Einschnitt ins soziale Netz, sondern der *Ausstieg aus dem System*, die Aushebelung des *Sozialstaatsprinzips* (GG Art. 20) und damit ein Verstoß gegen das Grundgesetz geplant ist. Aber das bringt niemand auf die Barrikaden, am wenigsten die konservative Fraktion im Karlsruher Senat. (En passant sei hier erwähnt, dass ich die *Unabhängigkeit der Justiz* von Legislative und Exekutive für eine Säule der Demokratie halte - siehe das Beispiel Italien. Aber ich bin gespannt, wie sich die nach Parteienproporz bestimmten Richter des Bundesverfassungsgerichts zu den Vorhaben der CDU - die CSU hält sich in dieser Frage noch bedeckt - zur künftigen *Gesundheitsreform* stellen werden, wenn diese nach den nächsten Wahlen, die höchst wahrscheinlich die Union gewinnen wird, Gesetz werden sollten. Ich halte sie für ebenso *grundgesetzwidrig* wie die von der SPD und den Grünen derzeit betriebene Umrüstung der *Bundeswehr* zu einer Interventionsarmee mit exterritorialem Auftrag - doch dies nur am Rande).

Die *sozialpsychologischen Auswirkungen* des Sozialabbaus, wie er sich gegenwärtig nicht nur bei uns in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen Kernländern der Europäischen Union vollzieht, sind schwer abzuschätzen. Ich finde jedoch einige Sätze Erich Fromms aus dem Jahr 1937 immer noch sehr erhellend:

„Der durchschnittliche Erwachsene unserer Gesellschaft ist tatsächlich ungeheuer ohnmächtig, und diese Ohnmacht wirkt noch umso drückender, als er ja glauben gemacht wird, es müsste eigentlich ganz anders sein und es sei sein Verschulden, wenn er so schwach sei. Er hat gar keine Macht, sein Schicksal zu bestimmen. Schon welche Fähigkeiten er entwickeln kann, ist ihm vom Zufall der Geburt vorgeschrieben; ob er überhaupt Arbeit bekommt, welchen Beruf er wählen kann, wird im wesentlichen von Faktoren bestimmt, die von seinem Willen und seiner Anstrengung unabhängig sind.(...) Massenarbeitslosigkeit und Kriegsgefahr haben - wenigstens in Europa - die faktische Ohnmacht des Einzelnen in den letzten Jahren noch vermehrt. Er muss für jeden Tag dankbar sein, an dem er noch Arbeit hat und der ihn noch von dem Grauen eines neuen Krieges trennt. Bei der Gestaltung der ökonomischen und politischen Verhältnisse ist er völlig ohnmächtig. In autoritären Staaten ist Einflusslosigkeit zum bewussten Prinzip erhoben. Aber auch in Demokratien besteht eine außerordentliche Diskrepanz zwischen der ideologischen Vorstellung, das einzelne Mitglied der Gesellschaft bestimme als Teil des Ganzen dessen Schicksal, und der Distanz, die in Wirklichkeit den einzelnen von den Zentren der politischen und ökonomischen Macht trennt.“ (E. Fromm 1937a, GA I, S. 203f.)

Mir scheint Fromms Feststellung aus dem Jahr 1937 auch für die derzeitige Situation ziemlich zutreffend und ich muss gestehen, dass auch ich - als 68er, Linker und ehemaliges SPD-Mitglied, als Sozial-

therapeut, der mit Randgruppen arbeitet, die von Arbeitslosigkeit und sozialen Kürzungen besonders betroffen sind - mich *ziemlich ohnmächtig* fühle, wenn es darum geht, auf diese Entwicklung Einfluss zu nehmen. Wenn ich an mein demokratisches *Recht als Wähler* denke, das besagt, dass ich durch das Kreuz auf dem Wahlzettel (in der Theorie!) über die Zusammensetzung des nächsten Bundestages und damit auch über die künftige Regierung mitentscheiden kann, so bin ich ratlos, wen ich angesichts der neoliberalen Grundeinstellung, die inzwischen zum Dogma *aller* im Bundestag vertretenen Parteien geworden ist, überhaupt wählen soll. Es gibt keine erkennbaren Alternativen, allenfalls die Wahl zwischen dem größeren und kleineren Übel. Das ist neu in der Geschichte der Bundesrepublik, denn alle früheren großen Entscheidungen, ob es sich um Westintegration, Aufbau der Bundeswehr oder Neue Ostpolitik handelte, waren von heftigen parlamentarischen Kontroversen begleitet. Man konnte sich bei Wahlen für oder gegen etwas entscheiden. Dass *der Sozialstaat nicht mehr finanzierbar sei* und dass deshalb drastische Einschnitte erfolgen müssten, ist dagegen inzwischen die Überzeugung *aller* Parteien, nicht nur der Liberalen, die dieses aus der Wirtschaft stammende Argument lange Zeit sozusagen für sich „gepachtet“ hatten. Gestritten wird nur über Details, und die rot-grüne Bundesregierung hat sich - nicht zuletzt mit der Umgestaltung der früheren *Bundesanstalt zur jetzigen „Bundesagentur“ für Arbeit*, die eindeutig auf Kosten der Arbeitslosen geht - an die Spitze einer Bewegung gestellt, die meint, den Sozialstaat solange reformieren zu müssen, bis er kaputt ist.

Wie gesagt, ich fühle mich dieser Entwicklung gegenüber ziemlich *ohnmächtig* - jedenfalls was die Chancen angeht, durch *Einflussnahme auf die politischen Parteien* die Situation zum Positiven verändern zu können, und ich schätze, dass es auch anderen so geht. Ich vermute allerdings auch, dass Fromm Recht hat, wenn er annimmt, dass beim durchschnittlichen Bürger die Ohnmachtsgefühle noch dadurch verstärkt werden, dass er „die die wirtschaftliche

Entwicklung bestimmenden Kräfte in der durch den Markt regulierten Wirtschaft nicht kennt und sie ihm als undurchschaubare Schicksalsmächte erscheinen“ (E. Fromm 1937a, GA I, S. 204). Es bedürfe, so folgert er, neben der Psychoanalyse der „besonderen Wissenschaft der *Politischen Ökonomie*“ (ebd., Kursivsetzung durch Verfasser), um die Vorgänge in der Gesellschaft zu erklären. Getreu dieser Devise will ich versuchen, die hinter dem Sozialabbau stehenden „undurchschaubaren Schicksalsmächte“ ein wenig transparenter zu machen.

Das wichtigste Totschlagargument, das von Politikern aller Couleur, aber auch sonst in der öffentlichen Diskussion zur Begründung des Sozialabbaus herangezogen wird, lautet: Die *Lohnnebenkosten* (d.h. die Kosten für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft plus Entsorgung der im Arbeitsprozess nicht mehr Benötigten) sind zu hoch, die Attraktivität des „Standorts Deutschland“ muss verbessert werden - die *Globalisierung* zwingt uns dazu, diese Einschnitte ins „soziale Netz“ vorzunehmen. Bei weniger konzilianter Politikern, auch beim Bundeskanzler, ist dies zusätzlich mit heftigen Beschimpfungen der Menschen, die dem sozialen Netz „zur Last“ bzw. inzwischen immer mehr aus ihm herausfallen, verbunden. Zentrale Argumentationsfigur ist dabei fast immer - von der „Alterspyramide“ sehe ich jetzt vorläufig einmal ab - der Rekurs auf eine quasi-naturgesetzlich wirkende, ökonomisch-mystische Größe namens „Globalisierung“.

Was ist darunter zu verstehen? Einem Taschenbuch zum Stichwort *Globalisierung* entnehme ich die Definition: „Globalisierung ist die zunehmende weltweite Vernetzung ökonomischer Aktivitäten“ (P. Köpf, 1998, S. 13). Soweit, so gut. Bei der Beschreibung dieses Prozesses wird der Autor etwas konkreter:

„Nach der Beseitigung nationaler und ideologischer Grenzen tritt an die Stelle vieler kleiner Arbeitsmärkte ein Weltmarkt, der zur Zeit noch dreigeteilt ist: Asien, angeführt durch Japan, Amerika mit den USA und Europa mit Deutschland als Führungsnation. Die letzte Stufe der Globalisierung wird irgendwann die vollständige

ge Verschmelzung dieser drei Blöcke sein - mit den gleichen Folgen wie heute: Konzentration, Rationalisierung, Arbeitslosigkeit. Weil durch niedrigere Transportkosten und neue Technologien überall auf der Welt produziert und auch überall hingeliefert werden kann, entsteht ein verbissener Konkurrenzkampf unter den transnationalen Konzernen. Der Druck zu Einsparungen wird tendenziell so lange zu Lohnsenkungen und schrumpfenden Sozialstandards führen, bis die Branchensieger feststehen oder die internationale Politik solche Standards verbindlich setzt.“(P. Köpf, 1998, S. 19f.)

Betrachtet wird dieser Prozess von nahezu allen, die sich darauf berufen, als ein quasi-naturgesetzliches, je nach sozialem Standort euphorisch zu begrüßendes oder fatalistisch zu ertragendes Geschehen - man fühlt sich erinnert an das „stahlharte Gehäuse“, das nach Max Weber mit „unentrinnbarer Macht“ über den Menschen herrscht, „wie niemals zuvor in der Geschichte“ (M. Weber, 1920, S. 203f.). Unterschlagen wird bei solcher Betrachtungsweise jedoch, dass es sich bei der Globalisierung und ihren Folgen keineswegs um naturgegebene Gesetzmäßigkeiten, sondern um menschliche, von ökonomischen *Entscheidungen* und wirtschaftlicher *Macht* bestimmte Entwicklungen handelt.

Die Notwendigkeit des *Sozialabbaus* wird - um nochmals auf die *Agenda 2010* zurück zu kommen - in der Werbeschrift der Bundesregierung mit einer Fülle wohl-tönender Wortkreationen umschrieben - die Sozialsysteme sollen „zukunftsfest umgebaut“, der „gewandelten Arbeitswelt und der Altersstruktur der Bevölkerung angepasst“ (Bundesregierung 2003, S. 8) werden usw.; der Zusammenhang mit handfesten *wirtschaftlichen Interessen* wird dabei unterschlagen. Der Wähler soll für dumm verkauft werden. Deshalb möchte ich in einem ersten Schritt, um gegen die eigene Ohnmacht anzugehen, die *wirtschaftlichen Hintergründe* der derzeitigen Entwicklung etwas näher beleuchten.

## 2. Sozialabbau zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen

In den letzten dreißig Jahren wurden in Westdeutschland rund 2,8 Millionen *Arbeitsplätze in der Industrie* wegrationalisiert. Gleichzeitig wuchs das investierte Kapital um das Dreieinhalbfache (vgl. R. Roth, 2003, S. 226). Investiert wurde in neue Technologien, die Arbeitsplätze überflüssig machen, mit der Folge von Massenentlassungen; bei Großkonzernen wie Siemens, Bayer, Rhestahl, Krupp und Mannesmann bewegte sich dies in der Größenordnung von Tausenden bis Zehntausenden, die im Lauf der Jahre „freigesetzt“ wurden. Ging es in der ersten industriellen Revolution um die Ersetzung der menschlichen Muskelkraft durch Dampfmaschine, Benzin- und Elektromotor und in der zweiten, nach Henry Ford benannten Epoche der industriellen Entwicklung noch darum, die menschliche Arbeitskraft in mechanische Einzelvorgänge zu zerlegen und sie so gleichsam zu „robotisieren“, so ist die jetzige „dritte“ industrielle Revolution darauf abgestellt, den Menschen im industriellen Produktionsprozess überhaupt überflüssig zu machen, ihn „durch gesteuerte Automaten und Informationssysteme wegzurationalisieren“ (R. Kurz, 1999, S. 617). In diesem Prozess sind die entwickelten Industriestaaten schon beträchtlich fortgeschritten.

Gleichzeitig ist aber auch die *Produktivität*, der Ausstoß an Waren, die mit leistungsfähigeren Maschinen in kürzerer Zeit hergestellt werden können, enorm gestiegen. (Ich verwende das Wort hier in der Bedeutung, die es in der Wirtschaft hat, nicht im Frommschen Sinne.) Mit steigender Produktivität sinkt jedoch die Profitrate, zum einen weil pro Arbeitsplatz mehr „fixes“ Kapital gebunden bleibt, also nicht zur weiteren Profitsteigerung verwendet werden kann, zum anderen weil die Massenkaufkraft mit der Menge der produzierten Waren nicht Schritt halten kann. Es wird faktisch zuviel produziert, die Waren müssen billiger werden, damit man sie noch absetzen kann (das sehen wir derzeit im Konkurrenzkampf um Rabatte, z.B. in der Autoindustrie), und trotzdem können sich immer weniger Menschen all das leisten, was es zu kaufen gibt.

In allen entwickelten Industrieländern erleben wir derzeit, was Karl Marx schon vor mehr als hundert Jahren im 3. Band des *Kapital* als „Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate“ (K. Marx, 1971, S. 200ff.) beschrieben hat. Es liegt ein innerer *Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise* darin, dass das Profitmotiv, das in der *betriebswirtschaftlichen* Kalkulation die leitenden Manager in den Konzernetagen antreibt zu rationalisieren, um durch Massenentlassungen Lohnkosten zu sparen und so die Kapitalrendite zu erhöhen, im *gesamtwirtschaftlichen* Prozess - heutzutage verstärkt durch die Konkurrenz auf den globalisierten Märkten - dennoch zu *sinkenden* Profiten führt.

Um die Profitrate zu halten bzw. ihren Fall zu bremsen, können verschiedene Strategien angewandt werden: Eine davon ist, die so genannten „*Lohnnebenkosten*“ zu *senken* - neuerdings ist stattdessen auch von „Lohnzusatzkosten“ die Rede, die man am liebsten ganz loswerden möchte. Was verbirgt sich dahinter? Es sind jene Lohnbestandteile, die seit Bismarcks Zeiten als Rücklage für Krankheit, Arbeitslosigkeit und die spätere Rente einbehalten werden; die Pflegeversicherung wurde erst vor einigen Jahren ergänzt. Korrekterweise muss man sagen, dass es sich bei den bisher „paritätisch“ von Arbeitgebern und Lohn- bzw. Gehaltsempfängern aufgebracht Sozialabgaben um *Bestandteile des Arbeitslohns* handelt - die so genannten „Arbeitgeberanteile“ zur Sozialversicherung sollen, da es sich aus Sicht der Kapitaleigner um überflüssige „Lohnzusatzkosten“ handelt, zumindest eingefroren, wenn nicht stark abgesenkt oder ganz privatisiert, d.h. den Lohn- und Gehaltsempfängern allein aufgebürdet werden.

Eine weitere Strategie, die angewandt wird, um trotz verschärfter Konkurrenzbedingungen die Profite zu erhalten oder zu verbessern, besteht in der *Absenkung der Lohnkosten* durch direkte oder indirekte Einflussnahme auf den Arbeitsmarkt, entsprechende Forderungen bei Tarifverhandlungen (sofern es Verhandlungen mit Arbeitnehmervertretern, d.h. Gewerkschaften und Betriebsräten, überhaupt noch gibt!), das so genannte „Outsourcing“ von Betriebsteilen oder

Vergabe von Aufträgen an externe Firmen, die billiger produzieren können, und nicht zuletzt das Ausnutzen von „Synergie-Effekten“ bei Betriebszusammenschlüssen oder die Verlegung der Produktion ins Ausland. Die neo-liberalen Zauberworte hierzu heißen „*Deregulierung*“ und „*Flexibilisierung*“.

Offen von *Lohnkürzungen* zu reden, traut man sich zwar noch nicht ganz, aber die Anpassung der Arbeitszeiten an längere Maschinenlaufzeiten, verlängerte Wochenarbeitszeit, befristete Arbeitsverträge und die Zunahme von Leiharbeit, d.h. das Bestreben, Arbeitskräfte nur noch dann zu beschäftigen, wenn sie zur Mehrung von Mehrwert wirklich „benötigt“ werden, die Aufspaltung „regulärer“ Voll- oder Teilzeit-Arbeitsplätze in Mini-Jobs ohne soziale Absicherung (z.B. in den Filialen der Großhandelsketten) und schließlich die seit Jahren anhaltenden Bemühungen der Arbeitgeber um Aushebelung der Flächentarifverträge zugunsten „betriebsinterner“ Vereinbarungen, die die Betriebsräte in Gegensatz zu den Gewerkschaften bringen (siehe den abgebrochenen Streik der *IG Metall* vom letzten Jahr!), haben keinen anderen Sinn als den, eingekaufte Arbeit für die Arbeitgeber billiger zu machen.

Die im „Bündnis für Arbeit“ seinerzeit vereinbarten „maßvollen“ Lohnerhöhungen bedeuteten für die Arbeitnehmer faktisch einen Reallohnverzicht; schwindende Kaufkraft stellen wir schon seit Jahren fest. Und die vor kurzem Gesetz gewordene *Lockerung des Kündigungsschutzes* dient bereits jetzt in Kleinbetrieben dazu, Arbeiter und Angestellte nach Belieben heuern und feuern zu können; es scheint nur noch eine Frage der Zeit, wann der Kündigungsschutz auch in Großbetrieben ganz abgeschafft wird. Entsprechende Pläne von CDU und CSU liegen ja schon auf dem Tisch.

Mein Fazit: *Rückkehr zu frühkapitalistischen Verhältnissen*, was Arbeitnehmerrechte angeht. Die Gewerkschaften werden nur noch als lästige Bremser wahrgenommen und entsprechend diffamiert. Und wenn wir schon von Globalisierung reden: In China betragen die Lohnkosten nur einen Bruchteil der hiesigen Kosten und es gibt keinen Kündigungsschutz und

keine Gewerkschaften.

Die Politik vollzieht immer mehr nach, was als wirtschaftliche Notwendigkeit von „der Wirtschaft“, d.h. den wirtschaftlich Mächtigen in Aufsichtsräten und Konzernetagen, gefordert wird. Das Ziel ist hier wie dort das gleiche: *Es soll mit „der Wirtschaft“ - nicht etwa mit den in der Wirtschaft tätigen bzw. von ihr abhängigen Menschen - wieder „aufwärts“ gehen!* Bei den *Lohnnebenkosten* - um darauf noch einmal zurück zu kommen - ist der Staat selbst direkt involviert, weil er seit Jahren bei der Renten- und Arbeitslosenversicherung zuschießen muss. Deshalb soll ein weiterer Anstieg der Zuschüsse zu den Rentenkassen und zur *Bundesagentur für Arbeit* vermieden werden. Noch besser wäre es, wenn diese Zuschüsse zurückgefahren oder ganz eingespart werden könnten (das sahen mehrere Haushaltsansätze ja schon vor - die unverändert hohen Arbeitslosenzahlen und die noch nicht geänderte sozialstaatliche Gesetzgebung machten dem Finanzminister jedoch einen Strich durch die Rechnung). Bei der *gesetzlichen Krankenversicherung* soll der Beitragsatz für die Arbeitgeber gesenkt und bei der *Pflegeversicherung* der Anteil der Rentenversicherungsträger an den Kosten ganz eingespart werden. Die Kosten werden einseitig auf die *Beitragszahler* und die *Rentner* abgewälzt. Und um das Bild der so genannten „Reformen“ zu komplettieren: Die *Arbeitslosen* sollen wieder möglichst rasch zu Beitragszahlern werden, damit sie nicht mehr dem Staat auf der Tasche liegen - das gilt etwa für das obere Drittel. Der Rest wird gezwungen, zu Dumping-Löhnen zu arbeiten; wer trotzdem keine Arbeit bekommt, soll künftig erst sein Erspartes aufbrauchen, ehe er nach Ablauf eines Jahres evtl. weitere Leistungen beziehen kann. Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfänger sollen insgesamt mit weniger auskommen als bisher - nichts anderes besagt die „Reform“ der früheren *Bundesanstalt für Arbeit* und die Umsetzung der so genannten „Hartz“-Gesetze.

Begründet werden diese gravierenden Veränderungen, die für wachsende Teile der Bevölkerung eine erhöhte finanzielle, soziale und psychische Belastung

bedeuten, wie schon gesagt, mit dem Schlagwort der „*Globalisierung*“. Rainer Otte hat Recht mit der Feststellung, die steile Karriere dieses Wortes sei eigentlich unangebracht; globale wirtschaftliche Verflechtungen habe es schon immer gegeben (R. Otte, 2003, S. 57). Neu und in dieser Form ohne Beispiel ist jedoch der Umfang und die rasante Geschwindigkeit, mit der sich die wirtschaftliche Globalisierung nicht nur auf die Ausbeutung von Rohstoffen und Energieträgern und den Austausch von Industrie- und Konsumgütern, sondern auch auf die internationalen Finanzmärkte, die Wahl der Produktionsstandorte und die *nationalen Arbeitsmärkte* auswirkt. Die Bewegung auf den Finanzmärkten kann den Zusammenbruch ganzer Volkswirtschaften, wie z.B. in Argentinien, zur Folge haben (vgl. M. Chosudowsky, 2002, S. 311ff.) und die anhaltende Unterentwicklung auch in sogenannten „Schwellenländern“ wie z.B. Brasilien (M. Wöhlcke, S. 147ff.) ist nicht zuletzt durch die Abhängigkeit von ausländischem Kapital sowie die Finanzpolitik des IWF, der von US-amerikanischen Großbanken dominiert wird, bedingt.

In den entwickelten Industrieländern sind inzwischen *alle* Sektoren der Wirtschaft von der Globalisierung erfasst, dank der Revolutionierung durch die neuen Kommunikationstechnologien in besonderem Maße der Bereich der *Dienstleistungen*. Dass Autohersteller wie VW und Daimler oder Elektronik- und Energiekonzerne wie Siemens mit der Expansion zu *Global players* ihre Produktion zunehmend ins Ausland verlagern, weil die Lohnkosten dort niedriger sind, daran hat man sich ja inzwischen gewöhnt. Man konnte sich bis vor kurzem jedoch damit trösten, dass die Konzernzentralen mit ihrem jeweiligen Brain trust und der Verwaltung im Lande verblieben (ich wohne nicht weit von Erlangen und kenne einige Beschäftigte bei *Siemens*, deshalb kann ich hier die Entwicklung gut verfolgen). Seitdem jedoch immer mehr Firmen und vor allem die Banken damit begonnen haben, ihre komplette Lohn- und Finanzbuchhaltung per Datenaustausch in Niedriglohnländern wie z.B. Indien erledigen zu lassen, sind auch die hiesigen Büroarbeitsplätze nicht mehr sicher. Hinzu

kommt die zunehmende Ersetzung bisheriger Serviceleistungen bei Banken und Sparkassen durch elektronisches *Do-it-yourself*, was dem Kunden als „Fortschritt“ verkauft wird, dabei Arbeitsplätze einsparen hilft und den Geldinstituten weitere Rationalisierungsgewinne ermöglicht. Die lange gehegte Hoffnung, man könne den Wegfall von Industrie-Arbeitsplätzen durch Expansion im Dienstleistungssektor auffangen, erweist sich in den „entwickelten“ kapitalistischen Ländern zunehmend als Illusion (vgl. R. Kurz, 1999, S. 718ff.).

Im Gesamtergebnis ergibt sich nicht nur bei uns, sondern auch in anderen „postindustriellen“ Ländern das gleiche Bild: *Massenarbeitslosigkeit* infolge von Wegrationalisierung der arbeitenden Menschen durch Technik und durch Verlagerung bisher verbliebener Arbeitsplätze ins billigere Ausland, im Zuge der Osterweiterung der EU verstärkt auch in ehemals sozialistische Länder. Die *sozialen Folgen* interessieren diejenigen, die dies in den Konzernetagen planen und durchsetzen, nicht, im Gegenteil: Sie werden fürstlich dafür entlohnt, dass sie andere arbeitslos machen. Die Schere zwischen Oben und Unten spreizt sich immer weiter auf. Während die durchschnittlichen Realeinkommen der abhängig Beschäftigten seit Jahren sinken, steigen die Manager-Gehälter und Abfindungen bei Wechsel der Aufsichtsräte, aber auch die Dotierung von Berater-Verträgen in exorbitante Höhen. Und noch ein weiterer, nach privat-kapitalistischer Denkweise logischer, in der Gesamtperspektive jedoch völlig irrationaler Zusammenhang, der den Wahnsinn dieses Wirtschaftssystems grell beleuchtet: Wenn ein Großkonzern Massenentlassungen ankündigt, gehen die *Börsenkurse* steil nach oben. Man braucht nur in die Zeitung zu schauen, um fast täglich diese kapitalistische Pathologie der Normalität bestätigt zu finden. Ich zitiere aus den *Nürnberger Nachrichten* vom 23.1.2004. Auf der Titelseite heißt es:

„*Ein Gewinnsprung bei Siemens - Im ersten Quartal sank die Mitarbeiterzahl im Konzern zugleich weiter um 3000.*

Durch ein Spalier von Demonstranten, die vor der Münchner Olympia-

halle gegen Entlassungen bei Siemens protestierten (*hierzu Foto*), mussten sich gestern Aktionäre von Siemens ihren Weg zur Hauptversammlung bahnen. Innen überwog die Genugtuung über einen überraschenden Gewinnsprung des Konzerns um 24 Prozent auf 1,36 Milliarden Euro im operativen Geschäft des ersten Quartals 2004. Die Mitarbeiterzahl im Inland sank zugleich weiter um 3000. Der Vorstandschef Heinrich von Pierer bekräftigte die Prognose, dass für das gesamte Geschäftsjahr mit einem zweistelligen Gewinnwachstum zu rechnen sei.“

Im Wirtschaftsteil wird dann näher berichtet:

„Entspannt war die Atmosphäre in der Münchner Olympiahalle unter den Aktionären. Die Dividendenerhöhung von 1,00 auf 1,10 € pro Aktie stand auf der Tagesordnung. (...) Draußen vor der Tür standen die Demonstranten, die ihre Jobs bei Siemens verloren hatten. Für sie galt nicht mehr, was von Pierer im Saal verkündete: 'Wir haben eine Unternehmenskultur geschaffen, in der an der Belegschaft die Freude an der Leistung täglich spürbar ist.'“ (*Nürnberger Nachrichten* v. 23.1.2004, S. 1, 21).

Was ich an solchen Nachrichten besonders schlimm finde, ist, dass man sie inzwischen als ganz *normal* ansieht und mit den Siemens-Aktionären zur Tagesordnung übergeht. Wohlgedacht: Nicht etwa weil Verluste ins Haus stehen, werden Arbeitsplätze abgebaut, sondern um die schon vorhandenen oder zu erwartenden Profite noch zu steigern. Kein Mensch - außer den von Entlassung Betroffenen - regt sich darüber auf, erst recht kein Politiker. Für die in die Arbeitslosigkeit Entlassenen ist in der Marktwirtschaft kein Konzern zuständig, das soll der Staat, d.h. die Allgemeinheit, irgendwie regeln, und zwar zu möglichst geringen Kosten. Diese Art von aktionärsfixierter *Profitmaximierung auf Kosten des Gemeinwohls* und auch ohne Rücksicht auf die im Konzern Beschäftigten halte ich für grundge-

setzwidrig (GG Art. 14, Abs. 2: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“). Aber niemand schreit dagegen ein. Wenn dagegen eine Putzfrau ein paar Euro „schwarz“ hinzuverdient, dann macht sie sich strafbar.

Ich möchte an dieser Stelle die polit-ökonomische Analyse vorerst abbrechen und eine Zwischenbetrachtung über *Ohnmacht und Wut* einschalten. Es handelt sich hier um Gefühle. Da Gefühle immer persönlicher Art sind, ist dieser Teil meiner Ausführungen stärker persönlich gefärbt.

### **3. Zwischenbetrachtung: Ohnmacht und Wut**

Ich frage mich: Was hat der Exkurs in die *Politische Ökonomie* zur Erklärung des Sozialabbaus mir persönlich gebracht? Hat sich dadurch etwas verändert? Sind meine Ohnmachtsgefühle etwa geringer geworden? Äußerlich hat sich natürlich nichts verändert. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist nicht besser geworden, die Gesundheitsreform wird nicht rückgängig gemacht und der „Umbau“ der *Bundesagentur für Arbeit* steht weiter auf dem Programm, egal ob der Mann an der Spitze bleibt oder durch einen anderen ersetzt wird. Normalverdiener, Rentner und Arbeitslose werden weiterhin zur Kasse gebeten und „die da oben“ sahnen kräftig ab. Ich kann daran wenig ändern, die Entwicklung nimmt ihren Lauf, egal ob ich versuche, mir auf das, was ich in meinem Umfeld wahrnehme oder was ich an Nachrichten aus der Zeitung und vom Fernsehen mitbekomme, einen Reim zu machen oder nicht.

Und doch hat sich etwas verändert, genauer: *bei mir* hat sich etwas verändert. Ich merke z.B., dass ich den Nachrichten und Kommentaren im Fernsehen und den Leitartikeln, die ich in meiner SPD-nahen Tageszeitung lese (wobei mir eine Diskrepanz zwischen der Unterstützung der Regierungslinie im allgemeinen politischen Teil und der kritischen Schilderung sozialer Härten im lokalen Teil auffällt) nicht traue; ich merke, dass ich alles, was ich zum Thema *Wirtschaft und Soziales*

höre oder lese, daraufhin abklopfe, ob die *neo-liberale Ideologie* dahinter steht und ob die auf Grund dieser Ideologie gesetzten „Fakten“ als zwangsläufig und naturgegeben hingenommen werden oder nicht. Ich kann und will mich nicht damit abfinden, dass dieses Paradigma unser gesamtes Leben beherrschen soll. Von „sozialer Kälte“ ist gelegentlich die Rede - ich *will nicht*, dass zwei Drittel oder zumindest das untere Drittel unserer Gesellschaft einfach abgeschrieben werden. Das verbietet mir mein Beruf als Sozialtherapeut und das verbietet mir meine Auffassung des Grundgesetzes und meine Vorstellung von *sozialer Demokratie*. Das ist das, wovon ich innerlich überzeugt bin und für dessen Erhaltung ich kämpfe. Natürlich ist diese Überzeugung nicht erst heute bei mir entstanden, sie wird jedoch heute extrem herausgefordert. Wir sind auf dem Weg in eine *andere Demokratie* - und ob das, was dabei übrig bleibt, sich noch „Demokratie“ (d.h. Herrschaft des Volkes) nennen kann, wage ich zu bezweifeln. Wenn dermaßen ungebrochen, wie im letzten Jahr geschehen, Forderungen der Wirtschaft in Gesetze gegossen werden, sollte man die Bundestags-Abgeordneten, die sich gern als „Volksvertreter“ gerieren, besser in „Wirtschaftsvertreter“ umbenennen.

Aber auch solche Zynismen „helfen“ nicht wirklich, sie machen nur einem momentanen Frustgefühl Luft. Freilich tröstet es mich ebenso wenig, wenn ich bei Otfried Höffe lese, die *Demokratie* sei nicht in Gefahr, denn die Globalisierung schaffe keine „schlechthin neuen Verhältnisse“; es sei nur recht, wenn das mit dem Sozialstaat verbundene, „per Saldo utopische Versprechen, jedem ein immer sichereres und besseres Leben zu garantieren“, durch eine „behutsame Deregulierung“ zurückgestutzt werde (O. Höffe, 1999, S. 22, 161). Höffe hat zwar recht in dem Punkt, dass ein demokratisches Gemeinwesen ohne „*Gerechtigkeitssinn*“ (a.a.O., S. 200) bei den Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik nicht auskommt - gerade daran fehlt es jedoch bei den derzeitigen Sparmaßnahmen. Auch er erliegt der neo-liberalen Ideologie, wenn er behauptet, es sei geschichtlich erwiesen, dass „der Wettbewerb für Erneuerung und

Wachstum und mit ihnen für Wohlstand sorgt, während das Streben nach Sicherheit sie unterminiere“ (a.a.O., S. 318). Da frage ich mich doch: *Wohlstand für wen?* Und ist das Streben nach *Sicherheit* - ich interpretiere: Sicherheit auch für das untere Drittel der Gesellschaft, dass die elementaren Bedürfnisse nach Arbeit, Wohnung, Essen, Schlafen, Kleidung etc. dauerhaft befriedigt werden können - nicht legitim? Wem soll die Diffamierung dieses Sicherheitsbedürfnisses nützen?

Während ich so frage, spüre ich nicht nur Ohnmacht - mich packt zugleich eine *Wut*. Wut auf die scheinbar unumschränkte Herrschaft des *neoliberalen Dogmas* nicht nur in den Köpfen der wirtschaftlich und politisch Herrschenden, sondern auch kluger, normalerweise durch eine Distanz zum Alltagsgeschäft gegen vorschnelle Übernahme gängiger Ideologien geschützter philosophischer Kommentatoren. Und ich *spüre Wut*, wenn ich (in dem schon zitierten Zeitungsartikel) die Erklärung des Vorstandsvorsitzenden der *Siemens AG* lese, die Massenentlassungen seien keine Massenentlassungen, sondern „nachhaltige“ Reaktionen auf „fundamentale Marktschwächen“. Man darf die Dinge nicht einmal mehr beim Namen nennen. Ich erinnere mich an den Fernsehauftritt eines im „Westen“ vor einiger Zeit nach Korruptionsaffären abgehalfterten Ministerpräsidenten, dem nach der Übernahme des Chefpostens bei einem ostdeutschen Konzern, dessen optische Geräte schon zu DDR-Zeiten weltweiten Absatz fanden, fast die Tränen kamen, als er bei einer Talkshow den Fernsehzuschauern die Notwendigkeit „harter Sanierungsmaßnahmen“, die Tausende von Arbeitsplätzen kosteten, erklären „musste“. Trotz seiner Tränen - er vollzog diese Maßnahmen mit aller Brutalität. Die Menschen zählen nicht, nur die Notierung an der Börse und der Shareholder value. Das macht mich wütend.

Erich Fromm schreibt, die „wichtigste und allgemeinste Folge des Ohnmachtsgefühls“ sei „Wut, und zwar eine Wut, die besonders durch ihre Ohnmächtigkeit gekennzeichnet ist.“ Ihr Ziel sei nicht, wie bei anderen Arten der Wut, „die aktive und zielbewusste Vernichtung des Feindes“, sondern sie sei „viel vager, unbe-

stimmter, aber auch viel destruktiver gegen die Außenwelt und gegen das eigene Selbst gerichtet“ (E. Fromm, 1937a, GA I, S. 198). Bei diesem Satz halte ich inne. Stimmt es, dass meine Wut destruktiv gegen die Außenwelt und gegen mich selbst gerichtet ist? Bei aller Verehrung für Fromm - hier kann ich ihm nicht folgen. Meine Wut richtet sich gegen *Exponenten des Systems*, das ist richtig. Dass ein IWF-Manager ins höchste politische Amt bei uns gewählt werden kann, ist bezeichnend für den Charakter dieses Systems - vor wenigen Jahren wäre so etwas noch undenkbar gewesen. Aber richtet sie sich meine Wut auch gegen mich selbst? Ist meine Wut auf die Exponenten des Systems und meine Empörung über das Verhalten der Politiker, die sich zum Büttel der Wirtschaft machen, *destruktiv*? Ich wage beides zu bezweifeln.

Sicher, auch ich bin ein Teil dieses Systems, ob ich will oder nicht, zumindest bin ich abhängig von ihm und zugleich sein Nutznießer, egal was ich daran aussetzen habe. Insofern muss ich auch mich selbst und mein Verhalten überprüfen und mich immer wieder fragen, wie weit ich zur Aufrechterhaltung ungerechter Verhältnisse selbst mit beitrage (und sei es nur durch die Entscheidung, als Konsument lieber den „billigen“ Kaffee bei *Aldi* zu kaufen als den „teuren“ *Transfair*-Kaffee, für den ich zwar das Doppelte bezahle, bei dem aber auch den primären Produzenten ein größerer Teil des Preises zugute kommt). Die *Verflochtenheit in das System* bedeutet jedoch nicht bedingungslose Bejahung oder totale Übernahme seiner gegenwärtigen Prämissen. Ich verteidige, um mit Richard Sennett (1998, S. 66ff.) zu sprechen, das „Rheinmodell“ des Kapitalismus mit seiner sozialstaatlichen Ausgestaltung gegen die angelsächsische Variante, die durch keinen Klassenkompromiss gemildert ist. Und ich bin wütend auf diejenigen, die die „Verwirklichung des sozialstaatlichen Kompromisses“ (J. Habermas, 1990, S. 199), welche ohnehin stets nur annäherungsweise zu erreichen ist, inzwischen in aller Offenheit und prinzipiell hintertreiben. Ich bin jedoch kein Terrorist, der dem Fehlschluss unterliegt, durch physische Beseitigung von Personen ließe sich

das System im Kern treffen. Ich will aber auch nicht die *Aufkündigung bisheriger Grundlagen unseres Gemeinwesens* widerstandslos hinnehmen. Ist diese Haltung destruktiv? Ich glaube nicht. Ohnmacht und Wut sind in diesem Fall keine pathologischen, sondern gesunde Reaktionen.

Die Wut ist da. Frage, *wohin damit*. Ich merke, während ich dies schreibe bzw. jetzt vortrage, dass ich mit der Wortverbindung „*ohnmächtige Wut*“ Schwierigkeiten habe. Bin ich wirklich ganz ohnmächtig, während ich die Wut im Bauch spüre? Sicher, ich habe über mein Dilemma gesprochen, dass ich nicht weiß, wen ich wählen soll, und dass ich nicht davon ausgehen kann, dass nach den nächsten Wahlen eine Wende zum Besseren eintreten wird. In *dieser* Hinsicht - mit dem Stimmzettel etwas zu tun, um den Sozialabbau zu verhindern - fühle ich mich wirklich ohnmächtig, und das verstärkt meine Wut. Aber neben der Ohnmacht spüre ich auch ein kleines Bisschen *Macht*. Ich habe studiert und ich danke meinen Eltern, dass sie mir dies unter Opfern ermöglicht haben - mein Vater hat für mich am Gymnasium in der Nachkriegszeit noch Schulgeld bezahlt. Ich kann vielleicht ein bisschen mehr als andere, die nicht die Chance eines Studiums hatten, Zusammenhänge erkennen, hinter die Kulissen schauen, den Sprachzauber, der um die „Reformen“ und den „Umbau“ des Sozialstaats entfaltet wird, auf seinen realen Kern zurückführen. Ich kann meiner Wut Ausdruck verleihen, indem ich die Dinge beim Namen nenne. Und ich kann in der - wenn auch begrenzten - Öffentlichkeit dieser Wochenend-Veranstaltung mit anderen Menschen darüber diskutieren, wie die Lage ist und wie wir darauf reagieren wollen. Das ist nicht weltbewegend, aber es ist auch nicht nichts.

Noch ein weiterer Gedanke kommt mir, während ich über meine persönliche Verbindung von Ohnmacht, Macht, Wut, Sprache und Öffentlichkeit reflektiere: Ich brauche und suche *Bundes- oder zumindest Gesinnungsgenossen*, nach Möglichkeit solche, die eine ähnliche Sicht der Dinge, wie ich sie habe, *öffentlichkeitswirksamer* als ich vertreten können. Ich

sehe mich also in der Öffentlichkeit um. Da muss ich leider sagen: Allzu viele sind es nicht, die eine ähnliche Sicht der Dinge öffentlich äußern. Unter den Politikern: komplette Fehlanzeige. Die wenigen versprengten Linken, die es in der SPD und bei den Grünen noch gibt, werden mundtot gemacht und haben Angst, dass sie zu den nächsten Wahlen nicht mehr aufgestellt werden, die Sozialausschüsse der CDU haben sich fast vollständig von der politischen Bühne verabschiedet und die PDS ist zumindest im Westen bisher ohne Einfluss geblieben. Aber ich finde einen Mitstreiter im kirchlichen Bereich, Nachfolger meines früheren Lehrers Nell-Breuning, dessen Rang als geistigen Mitbegründer des Sozialstaats ich erst lange nach meinem Studium in Frankfurt - St. Georgen erkannt habe. Gemeint ist *Friedhelm Hengsbach*, Jahrgang 1937, heute in Deutschland der führende Vertreter der christlichen Soziallehre. Ich zitiere einige Sätze aus einem Interview, das er der Illustrierten *Stern* gegeben hat:

„Seit 25 Jahren läuft man diesen Verheißungen hinterher, demontiert den Sozialstaat, baut die solidarischen Sicherungen ab, nennt das wie der Christdemokrat Merz „Befreiungsschläge“, tut das alles mit dem Versprechen, danach werde es uns besser gehen, es werde mehr Arbeit geben. Doch die Zahl der Arbeitslosen ist in dieser Zeit von einer auf fünf Millionen gestiegen. Durch Sparen und noch mehr Steuersenkungen lässt sich die Karre nicht aus dem Dreck ziehen. (...)“

Ihre Reformen verkaufen sie geschickt als Befreiung. Sie reden von Eigenverantwortung. Freiheit. Sich verwirklichen. Umbau des Sozialstaats. Das sind alles schöne Worte, die Wirtschaft und Politik benutzen. Die Sprachregelung kaschiert den Verfassungsbruch, den Abschied vom Sozialstaat.“

(*Zwischenbemerkung des Interviewers*: „Auch der SPD-Kanzler Schröder sagt: Diese Reformen müssen sein.“)

„Ja, ich habe das Gefühl, Schröder möchte den wirtschaftlichen Eliten gefallen. Er lässt sich von ihnen

treiben und tritt dafür kräftig nach unten. Es ist eine wirklich bittere Ironie der Geschichte, dass ein SPD-Kanzler das Lambsdorff-Tietmeyer-Papier von 1982“

(Zwischenbemerkung: „über das der SPD-Kanzler Helmut Schmidt gestürzt ist, weil in ihm massive soziale Einschnitte verlangt wurden“)

„nun nicht nur umgesetzt, sondern noch verschärft. Seine Agenda 2010 ist eine Kriegserklärung an die Opfer der Krise. Was da drinsteht, konnte man schon bei Reagan und Thatcher lesen. Dieser 14. März, an dem er die Agenda im Parlament verlesen hat, war ein schwarzer Tag für den Sozialstaat - und die Demokratie.“

(Zwischenbemerkung: „Herr Hengsbach, Sie übertreiben.“)

„Tue ich das? Ich fürchte leider: nein. Haben Sie noch die Sprache des Kanzlers im Ohr? So hat noch kein Kanzler die sozial Schwachen abgebürstet, so schroff hat noch keiner die Leute gepeitscht. Schröders kalte Entschlossenheit war einmalig. Er hat im Grunde umgesetzt, was die Unternehmensberatungen Berger und McKinsey verlangen: dass Schluss ist mit dieser Debattiererei. Dass es einen Ruck geben muss! Wir brauchen eine starke Führung. Einen starken Kanzler. Und mit einer, ja so muss ich es sagen, brutalen Sprache, die an Empfindungen der eigenen Partei und des Volkes vorbeiredet, sagte er: ‚Wir werden dafür sorgen, dass...Wir werden das so durchsetzen‘. Eine eisenharte Ellenbogenrede.“ (Interview in der Illustrierten *Stern* vom 19. 11. 2003)

Ich bin froh, hier einen sprachmächtigen Mitstreiter gefunden zu haben, der sich für die *sozial Schwachen* einsetzt. Die katholische Soziallehre stand nicht immer so klar auf der Seite der Unterlegenen im wirtschaftlichen Wettbewerb, oder wie man heute sagen muss: der Verlierer im Globalisierungspoker. Es lohnt sich, das ganze Interview zu lesen. In ihm weist Hengsbach nämlich auch darauf hin, dass Deutschland nicht Opfer der Globalisierung, sondern „ihr wichtigster Motor“ ist.

Was derzeit ablaufe, sei eine „noch nie da gewesene Solidarität der Starken gegen die Schwachen.“

Ich breche das Zitat hier ab, um etwas näher an meinem *beruflichen Arbeitsfeld* zu argumentieren. Dabei soll unter anderem an Beispielen belegt werden, wie sich die beschlossenen Maßnahmen schon jetzt auswirken.

#### **4. Soziale und sozialpsychologische Folgeerscheinungen des Sozialabbaus**

Wenn immer mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit entlassen werden, bis hin zu der zynischen Prognose, dass nur noch 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung benötigt würden, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten, während die übrigen durch „tittytainment“ bei Laune zu halten seien (H.P. Martin, S. Schumann: 1997, S. 12), dann erzeugt dies gewaltige Probleme bei der *Reproduktion der Gesellschaft*. Dies reicht von der Frage, wovon man leben soll, über Geburtenplanung und Aufzucht der Kinder (wer kann es sich noch „leisten“, Kinder zu haben?) bis hin zur Versorgung der Alten und Kranken.

Aber nicht nur das: auch alle *öffentlichen Aufgabenbereiche* werden mehr oder minder stark in Mitleidenschaft gezogen. Wir erleben ja schon jetzt, dass Neuinvestitionen bei Bund, Ländern und Gemeinden zurückgefahren oder zeitlich gestreckt werden und dass besonders der Bildungs- und Sozialbereich unter Kürzungen zu leiden hat: dass z.B. dringend benötigte Mittel zur Sanierung von Schulgebäuden nicht zur Verfügung stehen oder dass die Finanzierung für Sozialpsychiatrische Dienste, für Ausländer- oder Jugendarbeit zusammengestrichen wird. Auch dies ist - neben der hohen Arbeitslosigkeit, die zu Steuerausfällen in Millionenhöhe führt - eine Folge davon, dass unser Steuersystem es multinationalen Großkonzernen ermöglicht, zwar die ganze Infrastruktur unseres Landes zu nutzen, aber keinen Cent zu ihrer Finanzierung beizutragen, eher im Gegenteil: Anstatt Steuern zu zahlen, konnten Großkonzerne wie Bayer und Vodafone-Mannesmann im Jahr 2001 dank des

Entgegenkommens der rot-grünen Bundesregierung beim Verrechnen von Verlusten jeweils eine halbe Milliarde DM an Steuergeldern einstreichen (vgl. Ch. Grefe u.a., 2003, S. 106f.). Die Finanznot der öffentlichen Hände und die durch sie mit verursachte Arbeitsmarktkrise ist eine direkte Folge des Kottaus der rot-grünen Reformer vor den Globalisierungsgewinnern.

Dass im *Bildungs- und Sozialbereich* am ehesten der Rotstift angesetzt wird, wenn die Steuereinnahmen zurückgehen, zeugt von einer enormen Kurzsichtigkeit, denn die Kosten für die Bekämpfung der Spätfolgen wie Kriminalität und Drogenabhängigkeit und den Ausbau geschlossener Anstalten wie Psychiatrie oder Jugendknast sind ungleich höher als alles, was gegenwärtig für Bildungsarbeit und präventive Maßnahmen aufgewendet wird. Aber auch das gehört zur Irrationalität des Systems: In Krisenzeiten wie dieser wird eher auf repressive Maßnahmen des Staatsapparats gesetzt als auf die „weichen“ Methoden sozialmedizinischer und sozialpädagogischer Betreuung.

Der soziale Konsens in unserem Lande beruhte bisher vor allem darauf, dass die meisten Menschen *Arbeit* hatten, dass der Generationenvertrag funktionierte, dass die Einkommensverteilung nicht zu krass in die Extreme ging und dass die sozialstaatlichen Institutionen dafür sorgen, dass niemand in äußerster Armut leben musste. Dieser Konsens gehört inzwischen der Vergangenheit an. Verantwortlich dafür zu machen sind nicht allein die Politiker, sondern vor allem die Kreuzritter des Neoliberalismus aus der Wirtschaft und den Medien, die durch ihr ideologisches Bombardement - von der „sozialen Hängematte“ bis zum unsäglich dummen „Geiz ist geil“ - das öffentliche Bewusstsein so sehr verformen konnten, dass die offene *Abkehr vom Sozialstaatsprinzip* nicht einmal mehr als solche wahrgenommen wird.

Um an einem kleinen Ausschnitt aus der Wirklichkeit zu zeigen, wie es um die „soziale Hängematte“ tatsächlich bestellt ist, möchte ich einige Erfahrungen aus meinem *Berufsfeld* anführen. Ich arbeite seit mehr als zwanzig Jahren als Therapeut in einer Fachklinik für *junge Sucht-*

*krankte* mit früher 48, jetzt 40 Betten. Um dem Träger und dem Geldgeber - das sind in der Hauptsache die Rentenversicherungsträger - die Veränderungen in unserer Arbeit deutlich zu machen, haben wir uns die Mühe gemacht, zwei komplette Jahrgänge von Patienten, nämlich die Jahrgänge 1988 und 2002, statistisch zu vergleichen. Dabei zeigte sich folgendes:

- Das *Durchschnittsalter* unserer Patienten ist von 29 auf unter 25 Jahre gesunken. Fast 50 Prozent der Patienten (genau: 47,3 %) waren im Jahr 2002 zwischen 17 und 26 Jahre alt.
- Im Jahr 1988 waren 96,6 % unserer Patienten „reine“ *Alkoholiker*, ohne Beikonsum sonstiger psychotroper Substanzen; im Jahr 2002 umfasste diese Gruppe gerade noch 28,5 %. Die große Mehrheit waren entweder Alkoholiker mit mehr oder minder regelmäßigem Beikonsum einer Droge (zumeist Haschisch) oder *Polytoxikomane*, d.h. junge Menschen, die drei oder mehr Substanzen regelmäßig konsumieren.
- Im Jahr 1988 lag der Anteil der Patienten, die *verheiratet oder geschieden* waren, bei ca. 30 %. Im Jahr 2002 waren es gerade noch 4,5 %, die verheiratet, und 2,2 %, die geschieden waren, d.h. zusammen 6,7 %.
- Der Anteil der *Arbeits- und Erwerbslosen* war zwar auch schon i.J. 1988 recht hoch (62,8 %); er stieg jedoch in der Zwischenzeit weiter auf fast 80 % (genau 79,8 %). Gleichzeitig stieg der Anteil der *Sozialhilfeempfänger* von 3,1 % auf 18,2 %.

Nun werde ich hier die Gründe für die Zunahme der *Drogenabhängigkeit* bei unserer Klientel nicht diskutieren, auch nicht die Trends, die in Richtung einer *veränderten Persönlichkeitsstruktur* zu weisen scheinen, obwohl dieses Thema gerade unter sozialpsychologischem Aspekt sehr interessant wäre. Ich konzentriere mich vielmehr auf die demographischen Daten, die die soziale Integration bzw. Desintegration betreffen, d.h. vor allem die angestrebte *„Wiedereingliederung“ in den Arbeitsmarkt*, ergänzt durch einige persönliche Beobachtungen aus letzter Zeit.

Alkoholiker und Drogenabhängige sind eine Randgruppe der Gesellschaft. Zentrales Merkmal für den Randgruppen-Status ist (oder besser: war bis vor kurzem) der Umstand, dass die *Arbeit* und damit auch das gesicherte *Einkommen* durch die Sucht verloren ging; Straffälligkeit durch alkoholbedingte Delikte und die mit Drogen per se verbundene Illegalität kommen hinzu. Was wir „Therapie“ nennen, ist aus der Sicht der Rentenversicherungsträger eine Reha-Maßnahme, deren Ziel es ist, die *Erwerbsfähigkeit* wiederherzustellen. Davon zu unterscheiden ist die tatsächliche Integration in den Arbeitsmarkt, d.h. die Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit nach der Therapie. Auch wenn es diese Unterscheidung schon immer gab (d.h. nicht jeder, dessen Erwerbsfähigkeit „wiederhergestellt“ war, fand auch gleich einen Job), so lag beides bis vor wenigen Jahren doch nicht allzu weit auseinander. In größeren Firmen gab es Betriebsvereinbarungen, die besagten, dass bei suchtbedingten Fehlzeiten nicht gleich mit Entlassung reagiert werden durfte, sondern erst einmal die Chance einer Therapie gegeben werden musste. Der Anteil der Patienten, die mit einer solchen Quasi-Auflage inklusive Arbeitsplatzgarantie des Betriebes ihre Therapie antraten, war verhältnismäßig hoch - heute ist es eine verschwindende Minderheit. Umschulungen und sonstige Förderprogramme sollten die berufliche Wiedereingliederung erleichtern und für erwerbsfähige Menschen aus „alkoholnahen“ Berufen sicherstellen, dass der Betreffende im Anschluss an die Therapie die reale Chance einer dauerhaften Erwerbstätigkeit in einem nicht alkoholgefährdeten Beruf erhielt - heute werden solche Förderprogramme rigoros zusammengestrichen. Die Zahl der Patienten, die wissen, wo sie nach der Therapie anfangen können zu arbeiten, kann ich derzeit - bei einer Belegung von 35-40 Patienten - an einer Hand abzählen. Die meisten müssen sich nach der Therapie arbeitslos bzw. arbeitssuchend melden.

Um zu zeigen, wie gegenwärtig der *Druck auf die Arbeitslosen* erhöht wird, auch dazu einige Beispiele:

- Ein beruflich gut qualifizierter Patient - er ist Maurermeister - findet mona-

telang nach der Therapie keine Arbeit. Schließlich entscheidet sich, als Kellner zu jobben. Einige Wochen später wird er rückfällig.

- Ein gelernter Maler und Lackierer, der früher gut verdiente, verdingt sich bei einer Zeitarbeitsfirma, wo er 5,50 € für die Stunde erhält. Er ist nicht kontinuierlich beschäftigt, sondern gewissermaßen nur auf Abruf. Wenn er den Job aufgibt, erhält er eine dreimonatige Sperre vom Arbeitsamt.
- Ein Patient aus meiner Gruppe, der z.Zt. von Arbeitslosenhilfe lebt, aber das Zeugnis der Mittleren Reife und gute Mathematiknoten hat, „schafft“ die Aufnahmeprüfung für eine Ausbildung zum Informatiker bei der Firma Siemens. Das zuständige Arbeitsamt lehnt jedoch seinen Antrag auf Übernahme der Ausbildungskosten ab. Als der betreffende Patient für eine Woche nach Polen zu seiner Freundin fährt, jedoch vergisst, sich beim Arbeitsamt abzumelden, wird er an der Grenze kontrolliert und erhält eine Anzeige wegen „Sozialbetrugs“.

Eine Bekannte aus meiner früheren Ausbildungsgruppe, die als *Eheberaterin und Supervisorin* arbeitet, berichtet aus ihrer Praxis:

- Eine krebserkrankte junge Frau, die Sinologie studiert hat und vor ihrer Erkrankung eine Bürotätigkeit ausübte, wird während der Zeit der Chemotherapie, als es ihr gesundheitlich sehr schlecht geht, vom Arbeitsamt unter Druck gesetzt, sofort eine neue, niedriger bezahlte Stelle anzunehmen; andernfalls werde ihr das Arbeitslosengeld gestrichen.
- Einer beinamputierten älteren Dame wird die Bezahlung der Krankengymnastik, die bisher einen festen Platz in ihrem Wochenplan einnahm und die sie auch im Sinne von sozialem Support wirklich braucht, von der Krankenkasse ersatzlos gestrichen.
- Die kirchliche Eheberaterstelle hat die Auflage erhalten, 10 Prozent der laufenden Kosten einzusparen. Gespart wird an den Personalkosten, das bedeutet Stundenreduzierung für die Festangestellten und Kündigung

der Verträge mit freiberuflichen MitarbeiterInnen. Die Folge sind wesentlich längere Wartezeiten für die KlientInnen. Gleichzeitig werden die Räume der Beratungsstelle aufwendig saniert.

Derartige Beispiele könnte ich leicht vermehren - das will ich aber jetzt nicht tun. Erwähnen möchte ich allerdings noch, wie sich die *Praxisgebühr* und die *Zuzahlung zu Medikamenten* bei unseren Patienten auswirken. Diejenigen, die Übergangsgeld erhalten, weil sie die erforderlichen Beitragsmonate an versicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit zusammenbringen, sind in der Regel weniger hart betroffen als die *Sozialhilfeempfänger*. Letztere erhalten bei Heimunterbringung ein Taschengeld von ca. 87 € im Monat, von dem sie bei jedem medizinischen Notfall oder auswärtigen Besuch eines Facharztes 10 € abzweigen müssen. Hinzu kommt die erheblich gestiegene Zuzahlung bei Medikamenten. Wenn dies schon von Normalverdienern als Härte empfunden wird, so kann man sich denken, wie dies bei unseren Patienten „ankommt“.

Erhöht wird auch der Druck, der auf den *Einrichtungen und ihren Mitarbeitern* lastet. Hier nehme ich wieder die Fachklinik, in der ich arbeite, als Beispiel. Seit mehreren Jahren sind die Pflegesätze nicht oder nur unwesentlich erhöht worden, was bei steigenden Lebensmittelpreisen und Heizungskosten, aber auch maßvollen Tarifierhöhungen beim Personal zu einem ansteigenden Defizit führt. Bisher konnte dies vom Träger noch ausgeglichen werden; ich weiß jedoch von anderen Einrichtungen, dass Entlassungen und Ausstiegsmöglichkeiten aus dem kirchlichen Tarifsysteem (sog. „Öffnungsklauseln“) in immer stärkerem Umfang praktiziert werden. Im Suchtbereich war es ausgerechnet das seit Januar 1997 geltende „Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz“, das in unserer Einrichtung „nur“ zu einigen Entlassungen und Stundenkürzungen führte, andernorts aber auch die Schließung von Einrichtungen zur Folge hatte. Nachdem für einige Jahre „Ruhe an der Front“ war und sich der Markt „gesundgeschrumpft“ hat, steht jetzt eine erneute Einsparungsrunde

durch weitere Therapiezeitverkürzung und Reduzierung der Pflegesätze ins Haus.

Der Druck, der vom Arbeitsmarkt und den derzeitigen Sparmaßnahmen auf die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger ausgeübt wird, wirkt sich auch auf die *therapeutische Arbeit* aus. Thomas Kieselbach, einer der wenigen Arbeitslosigkeitsforscher in Deutschland, hat schon vor Jahren festgestellt, dass in Anbetracht der inzwischen „dramatisch angestiegenen Arbeitslosigkeit“, d.h. der zunehmend größer gewordenen Diskrepanz zwischen der Zahl der Arbeitslosen und der Zahl der offenen Stellen, der intendierte „Haupteffekt“ sozialpädagogischer und psychologischer Maßnahmen - die Verbesserung der Vermittlungschancen - „zunehmend verfehlt“ (Th. Kieselbach, 1987, S. 358) werde. An die Stelle des primären Ziels der beruflichen Reintegration sei das sekundäre Ziel der „psychischen Stabilisierung“ getreten, was konkret bedeute:

„Neben den Abbau individueller Schuldzuweisungen (z.B. dass die Arbeitslosen nur „zu faul“ seien, sich eine Arbeit zu suchen, H.J.) sollte eine stärkere Immunisierung gegen die negativen Folgen einer nach Ablauf der Maßnahme fortbestehenden Arbeitslosigkeit und die Erfahrung erfolgloser Bewerbungen treten. (...) Ein Festhalten an dem ersten Ziel würde für den Großteil der Teilnehmer eine Enttäuschung unrealistischer Hoffnungen, durch eigene Anstrengungen einen Arbeitsplatz zu finden, und damit langfristig eine negative Selbstbewertung mit depressiven Reaktionen zur Folge haben können.“ (Th. Kieselbach, 1987, S. 360)

Ich muss gestehen, dass ich mich mit dieser Resignationslösung - als Therapeut die Klienten darauf vorzubereiten, dass sie *nach der Therapie wahrscheinlich ohne Job* bleiben werden - nicht abfinden kann. Es trägt auch zu meiner Wut bei, wenn ernstzunehmende, sogar „links“ orientierte Arbeitslosigkeitsforscher dies fordern. Aber natürlich muss ich dem Autor darin Recht geben, dass es nicht Ziel der Therapie sein kann, die Klienten in Il-

lusionen zu wiegen. Mobilisierung aller Kräfte bei der Arbeitsplatzsuche *und* Vorbereitung auf mögliche Enttäuschungen (d.h. in unserer Klinik auch: Vermeidung von Rückfällen auf Grund fehlgeschlagener Bewerbungen) scheint mir eine sinnvolle Zielsetzung zu sein. Gleichzeitig sehe ich jedoch, dass die Chancen auf einen einigermaßen befriedigenden Job selbst bei gut qualifizierten Klienten immer schlechter werden. Das tut weh und zehrt an der Substanz, auch wenn der eigene, von der Finanzierung entsprechender Reha-Maßnahmen abhängige Job zumindest vorläufig noch gesichert ist.

### **5. „Eigenverantwortung“ als Ideologie und praktische Handlungsorientierung**

Ich komme nun zum letzten Teil meiner Ausführungen. In ihnen soll es um das Stichwort „Eigenverantwortung“ gehen. Als Einstieg sei zunächst ein Passus aus der schon erwähnten Broschüre der Bundesregierung zu den *agenda 2010* zitiert. Als Antwort auf die Frage: „*Sind die Reformen der agenda 2010 gerecht?*“ heißt es dort:

„Ja. Denn soziale Gerechtigkeit ist und bleibt das Fundament für eine moderne, leistungsfähige und solidarische Gesellschaft. Gerecht ist, Menschen schneller in Arbeit zu bringen, statt sie dauerhaft von staatlichen Zahlungen abhängig zu machen. Gerecht ist, künftigen Generationen keine unfinanzierbaren Sozialsysteme zu hinterlassen. Gerecht ist, Chancengleichheit für alle herzustellen und dabei die Fähigkeit des Einzelnen zur vollen Entfaltung zu bringen. Gerecht ist, in einer älter werdenden Gesellschaft von allen mehr Eigenverantwortung bei der Gesundheitsversorgung und der Altersvorsorge zu erwarten. Gerecht ist, allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe an der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Politik möglich zu machen.“ (Bundesregierung, 2003, S. 10.)

Es ist schon frappant, wie die Wortverdrehungskünstler - wahrscheinlich war

auch hier eine teuer bezahlte Beraterfirma am Werk - es fertig bringen, alte sozialdemokratische Begriffe wie „soziale Gerechtigkeit“, „Solidarität“ und „Chancengleichheit“ so mit neuem Inhalt zu füllen, dass exakt das Gegenteil dabei herauskommt. Der Zwang, Billigjobs anzunehmen, und die Kürzung von Lohnersatzleistungen werden beschönigt als Bestreben, Menschen schneller „in Arbeit zu bringen“. Praxisgebühr und gestiegene Zuzahlung bei Medikamenten, Kürzung der gesetzlichen Renten und der Rückzug des Staates aus der Finanzierung sozialer Aufgaben werden verklärt zu Gelegenheiten, mehr „Eigenverantwortung“ an den Tag zu legen. Aber wie sollen Menschen finanzielle Eigenverantwortung praktizieren, die schon jetzt kaum genug zum Leben haben?

Die private Altersvorsorge dient der Bereicherung von Banken und Versicherungen, die mit den jetzt eingezahlten Geldern wirtschaften und an der Börse spekulieren können, auf die Gefahr hin, dass der „Kunde“ später weit weniger erhält, als er eingezahlt hat. Und wo bleibt die *Chancengleichheit für alle*, wenn auch das Bildungswesen zunehmend privatisiert wird, die öffentlichen Schulen zu drastischen Einsparungen gezwungen werden und Ausbildungsplätze im gewerblichen und kaufmännischen Sektor fehlen? Da hilft auch die Diskussion innerhalb der SPD um die Ausbildungsplatzabgabe für nicht ausbildende Betriebe nicht weiter. Tatsache ist, dass die *Chancenungleichheit zunimmt*, dass die Armen ärmer werden und an immer weniger „teilhaben“ können, während die Reichen reicher und die Vorstände von Banken und Konzernen immer mächtiger werden, und dies nicht zuletzt dank den Kniefällen der rot-grünen Koalition. Die Globalisierung, wie sie derzeit abläuft, und die *agenda 2010* als Konsequenz daraus ist nichts anderes als ein „Programm zur weiteren Umverteilung von unten nach oben“ (Ch. Grefe u.a., 2003, S. 103). Es ist beschämend, dass ausgerechnet eine sozialdemokratisch geführte Regierung sich zum Vorreiter einer solchen Entwicklung macht.

Michel Chossudovski beschreibt zutreffend das Dilemma der „linken“ Partei-

en in der EU - in den USA gibt es dieses Unterscheidungskriterium ohnehin nicht -, wenn er feststellt:

„In der EU sind gerade ‚sozialistische‘ Regierungen - ganz zu schweigen von den Grünen in Deutschland - zu Verfechtern der „kräftigen Medizin“ zur wirtschaftlichen Genesung geworden, wie sie IWF und Weltbank überall propagieren. Sozialdemokraten, New Labour und die ehemaligen Kommunisten - allesamt ergebene Diener des Finanzestablishments. Durch ihre progressive Rhetorik und ihre Verbindungen zu den Gewerkschaften sind sie noch „effektiver“, wo es um die Kürzung der Sozialbudgets und die Entlassung von Arbeitnehmern geht - noch gewiefere und willfährigere politische Makler der Interessen des Finanzestablishments als ihre liberalen oder konservativen Gegenspieler.“ (M. Chossudovski, 2002, S. 308f.)

Von *diesen* Zusammenhängen ist wohlweislich in den *agenda 2010* nicht die Rede. Immerhin haben es alle parteitaktischen Winkelzüge und ideologischen Verkleisterungsversuche, mit denen die neo-liberalen Inhalte der rot-grünen Politik ummantelt werden, bisher nicht vermocht, die Proteste aus dem Gewerkschaftslager und - vereinzelt - auch aus den Kirchen zum Schweigen zu bringen. Die wohl konsequenteste Auseinandersetzung mit der neo-liberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik wird derzeit nicht bei den Parteien, sondern von Globalisierungskritikern im Netzwerk *ATTAC* (*A*ssociation pour la *T*axe *T*obin pour l'*A*ide aux *C*itoyens) geführt - zum Teil sind es „Linke“, die von ihren Organisationen enttäuscht sind, aber vor allem viele junge Menschen, die keiner Partei angehören. In Deutschland zählt das 1997 in Frankreich begründete Netzwerk heute bereits mehr als 12.000 Mitglieder.

Es wäre verlockend, hier auf einige global ansetzende, gleichwohl sehr konkrete Forderungen von *Attac* wie die Tobin-Steuer, die Schließung der Steueroasen und „Off-shore-Zentren“ oder die demokratische Umgestaltung von WTO und IWF näher einzugehen. Das werde ich

aber jetzt nicht tun. Stattdessen frage ich, ob die Wahrnehmung von *Eigenverantwortung* noch in einem anderen Sinn als dem oben zitierten als ein Mittel gegen um sich greifende *Ohnmachtsgefühle* fungieren kann. Ich bin überzeugt, dass dem so ist. Vor dem Hintergrund meiner beruflichen Erfahrung mit Menschen, die eher zu den Verlierern der Globalisierung zu rechnen sind, möchte ich allerdings zunächst einige Präzisierungen vornehmen, die die politische Einstellung betreffen.

Wir stellen seit Jahren bei unserer Klientel - bei den Alkoholikern eher als bei den Drogensüchtigen - eine gewisse Tendenz fest, ins *rechte Lager* abzudriften. Dies gilt nicht für alle, aber doch für einen gewissen Prozentsatz. Überzeugte Linke trifft man dagegen in diesem Personenkreis so gut wie nie. Vor dem Hintergrund von Massenarbeitslosigkeit und Soziabbau wird dieser Trend verständlich. Ein Slogan wie *„Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg“* klingt für jemand, der wenig verdient und von Arbeitslosigkeit bedroht oder bereits arbeitslos ist, in stärkerem Maße plausibel als für einen relativ gutsituierten Arbeitsplatzbesitzer in gesicherter Position, zumal wenn er, wie Fromm sagt, nicht über die „richtige Einsicht in die entscheidenden Kräfte und Konstellationen“ (E. Fromm, 1937a; GA I, S. 204) verfügt, die die soziale Misere verursachen. Dass angesichts von Einkommensverlusten, Krise des Sozialstaats und ungewissen Zukunftsaussichten nicht nur Menschen aus der sozialen Unterschicht, sondern Wähler allgemein nach Rechts tendieren, wird in etlichen Publikationen zur aktuellen Situation herausgestellt (vgl. Ch. Grefe u.a., 2003, S. 108). Ich schätze, dass die Wahlerfolge von Rechtspopulisten wie Silvio Berlusconi, Jörg Haider und Ronald B. Schill vor allem vor diesem Hintergrund zu erklären sind.

Erich Fromm hat in seinem Aufsatz *Zum Gefühl der Ohnmacht* darauf hingewiesen, dass die Hoffnung auf einen „Umschwung, wie immer er auch geartet sei“, schon einmal in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Deutschland den Nährboden bildete „für das Wachstum der zum Siege des autoritären Staates füh-

renden Ideologien“ (E. Fromm, 1937a; GA I, S. 205). Ich fürchte, von einer ähnlichen Entwicklung wie damals sind wir derzeit nicht allzu weit entfernt; zugleich hoffe ich, dass die basisdemokratischen Kräfte sich als stark genug erweisen, um ein erneutes Abrutschen in eine Rechtsdiktatur zu verhindern.

Vor dem Hintergrund der politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzung greife ich nochmals das Stichwort „Eigenverantwortung“ auf. *Eigenverantwortung*, wie ich sie verstehe, heißt z.B., dass wir die neo-liberale Ideologie mit ihrer klassischen Urlüge, dass kollektiver Eigennutz das Gemeinwohl am besten fördere und „der Markt“ es schon richten werde, in Frage stellen und attackieren. Es heißt ferner, dass wir uns miteinander und mit den sozial Schwachen solidarisieren, indem wir den Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung und die wachsende Ungleichverteilung des wirtschaftlichen Reichtums anprangern, wo immer wir Gelegenheit dazu haben (z.B. hier bei dieser Veranstaltung der Fromm-Gesellschaft). Der *Widerstand gegen die soziale Ungerechtigkeit* - auch global gesehen - muss wachsen. Deshalb sollte jeder von uns im Rahmen seiner Möglichkeiten durch Weitergabe von Informationen und Teilnahme an Demonstrationen, durch aktive Mitarbeit und finanzielle Unterstützung von globalisierungskritischen Gruppierungen dazu beitragen, dass dieses Thema in der Öffentlichkeit wachgehalten wird. Wir sollten jedenfalls nicht tatenlos zusehen, wie der Sozialstaat demontiert, unser Grundgesetz ausgehöhlt und mit ihm die Demokratie immer mehr zerstört wird. In Politik und Wirtschaft müssen wieder andere Prioritäten und Werte gesetzt werden. Die schwierige Frage, ob dies durch *Reform* des Kapitalismus geschehen kann oder ob nicht vielmehr seine *Überwindung* notwendig ist, übergehe ich hier - es ist vielleicht auch nur ein theoretisches Problem.

Aktivitäten der genannten Art sind keineswegs gleichzusetzen mit einer Überkompensation des Ohnmachtsgefühls durch bloße *Geschäftigkeit* - Erich Fromm sieht darin mit Recht eine unproduktive Bewältigungsstrategie. Während die Geschäftigkeit sich auf Dinge erstreckt, die

„im Verhältnis zum zu lösenden Problem nebensächlich und untergeordnet sind“ (E. Fromm, 1937a; GA I, S. 196), zielen die hier genannten Aktivitäten auf den Kern des Problems. Wir sollten in diesem Sinne, mit Marx zu sprechen, *radikal* sein, denn: „Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen.“ (K. Marx, 1964, S. 216).

Vor Revolutionsrhetorik und allzu großer Euphorie möchte ich jedoch warnen. Das neo-liberale Dogma ist derzeit in den Köpfen der Herrschenden zu fest verankert, als dass man auf Einsicht und Umkehr aus eigenem Antrieb hoffen dürfte. Dieses Dogma bildet den theoretischen, von Nobelpreisträgern wie Milton Friedman abgesicherten Unterbau, auf dem sich praktische Fühllosigkeit gegenüber zunehmender Verarmung, auch in den Industrieländern, ausbreitet. Dass ein neuer „New Deal“, analog zu dem der Dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts, in den USA als dem Kernland der Globalisierung ohne massiven Druck von unten zum Regierungsprogramm erhoben werden könnte, halte ich für unwahrscheinlich. Und bis jetzt dominieren bei uns und in der erweiterten EU noch immer Bestrebungen, sich dem amerikanischen Modell des Kapitalismus auf allen Gebieten anzugleichen. Das zeigt sich z.B. daran, dass Arbeitnehmerschutzrechte, die in Europa, ausgehend von der Arbeiterbewegung, in den letzten 150 Jahren mühsam erkämpft wurden, jetzt rasant abgebaut werden. Diesen Trend umzukehren und auch in globalem Zusammenhang soziale Standards einzuführen, bedarf in jedem Fall eines langen Atems.

Solange die derzeitige Entwicklung anhält - und sie wird sich, so fürchte ich, unter einer von der CDU-CSU-FDP-Koalition gestellten Regierung noch beschleunigen -, ist nicht nur Widerstand und Druck von unten auf der politischen Ebene, sondern auch *persönliche Solidarität* als „Ergänzung zur professionalisierten und organisierten Hilfe der herkömmlichen Institutionen“ (K.O. Hondrich; C. Koch-Arzberger, 1992, S. 42) von uns verlangt. Dies beginnt in der *Familie*, die üblicherweise nicht zu den Solidarsystemen gerechnet wird, jedoch heutzutage angesichts wachsender Berufs- und damit Einkommensunsicherheit auch und gera-

de bei der jüngeren Generation vor neue Herausforderungen gestellt wird. Zu teilen und andere bei Bedürftigkeit zu unterstützen, sollte eigentlich zwischen Eltern und Kindern oder zwischen Geschwistern selbstverständlich sein. Diese Selbstverständlichkeit kollidiert jedoch mit den Ansprüchen an Mobilität und Selbständigkeit einschließlich eigener Haushaltsführung mit entsprechendem Lebensstandard, die eine unter dem Etikett „Individualisierung“ firmierende „Herauslösung aus historisch vorgegebenen Sozialformen und Bindungen im Sinne traditionaler Herrschafts- und Versorgungszusammenhänge“ (U. Beck, 1986, S. 206) seit dem Zweiten Weltkrieg bei uns hervorgebracht hat.

Man könnte es in der jetzigen Situation als ein Privileg meiner noch in den letzten Kriegsjahren geborenen Generation bezeichnen, dass sie in der Notzeit der unmittelbaren Jahre nach dem Krieg noch die Solidarität innerhalb der (Groß-)Familie, vielfältige Formen von Nachbarschaftshilfe und das Auskommenkönnen mit dem zum Leben Notwendigen erfahren hat. Das heißt nicht, dass ich die Wiederkehr solcher Verhältnisse wünsche. Die praktische Erinnerung an die damalige Zeit kann jedoch dazu verhelfen, sich innerlich auf eine mögliche Verschlechterung der Verhältnisse einzustellen, ohne befürchten zu müssen, dass die Welt zusammenbricht. Analoges gilt möglicherweise für Menschen, die mit dem notorischen Gütermangel in der ehemaligen DDR und dem daraus resultierenden Naturaltausch groß geworden sind.

Die innere Freiheit von Konsumansprüchen und -zwängen, die Fromm mit der Abkehr vom Haben und Immer-mehrhaben-wollen meint, ist - das möchte ich betonen - ein Privileg der *Noch-Arbeitsplatz-Besitzer* und der mit auskömmlichem Einkommen Ausgestatteten. Denjenigen, die in Folge von Langzeitarbeitslosigkeit oder als Bezieher von Sozialhilfe am Rand oder jenseits des Existenzminimums zu leben gezwungen sind, sollte unsere „tätige Solidarität“ (K.O., Hondrich, C. Koch-Arzberger, 1992, S. 41) gelten. Die trotz sinkender Realeinkommen steigende Bereitschaft, für soziale Notlagen zu spenden, und die ebenfalls ungebrochene Bereitschaft zu ehrenamt-

lichem Engagement sind ein gutes Zeichen. Allerdings kann ehrenamtliches Engagement professionelle Hilfe nur ergänzen, nicht ersetzen.

## 6. Abschließende Bemerkungen

Fragen wir abschließend nochmals, wie es nach diesen Ausführungen um das - besser: *mein - Gefühl der Ohnmacht* bestellt ist. Ich habe zunächst meiner Wut Luft gemacht, indem ich die - m.E. hauptverantwortlichen - Urheber der Krise des Sozialstaats, der zunehmenden wirtschaftlichen Ungleichheit und der sozialen Ungerechtigkeit benannt habe. Sodann habe ich von beruflichen Erfahrungen aus der Arbeit mit Hilfsbedürftigen, die immer mehr ins soziale Abseits geraten, berichtet und schließlich habe ich versucht, Möglichkeiten aufzuzeigen, was wir - im Sinne von praktizierter Eigenverantwortung und geübter Solidarität - in dieser Lage tun können. Geht es mir danach besser mit meinen Ohnmachtsgefühlen? Ein wenig schon. Ich weiß zwar immer noch nicht, wen oder was ich bei der nächsten Bundestagswahl wählen soll, aber diese Art von Beteiligung am Prozess demokratischer Willensbildung ist ja nicht die einzig mögliche.

Einen Spruch von *Ruth Cohn*, einer jüdischen Emigrantin, Zeitgenossin Fromms und Mitbegründerin der Humanistischen Psychologie, fand ich immer sehr treffend und hilfreich. Der Spruch ist nur mündlich aus ihren Seminaren tradiert und lautet:

„Ich bin nicht ohnmächtig.

Ich bin nicht allmächtig.

Ich bin partiell mächtig.“

Auch im Hinblick auf mein Thema: „Ohnmachtsgefühle angesichts wirtschaftlicher und sozialer Veränderungen“ finde ich diese Aussage hilfreich. Sie macht nämlich einerseits die *Grenzen* deutlich, denen wir in ökonomisch-politischer Hinsicht unterworfen sind, und bewahrt vor unrealistischem Wunschdenken. Auf der anderen Seite lässt sie uns aber auch nicht in Depression und ohnmächtige Lethargie verfallen, sondern ermutigt dazu, uns in einem selbstreflexiven und kommunikativen

ven Prozess unserer Teil-Mächtigkeit und der aus ihr folgenden *Handlungsmöglichkeiten* bewusst zu werden. Ich hoffe, dass mein Vortrag hierzu einige Anregungen geben konnte.

#### Literaturnachweise

- Beck, U., 1986: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt am Main (Suhrkamp).
- Chossudovsky, M., 2002: *Global brutal. Der entfesselte Welthandel, die Armut, der Krieg*, Frankfurt am Main (Verlag Zweitausendeins).
- Bundesregierung, 2003: *agenda 2010. Deutschland bewegt sich*, Berlin (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung).
- Fromm, E., 1937a: „Zum Gefühl der Ohnmacht“, in: *Erich Fromm Gesamtausgabe*, hg. von Rainer Funk, Bd. I, München (Deutscher Taschenbuch Verlag 1989), S. 189-206.
- Grefe, Ch., Greffrath, M., Schumann, H., 2003: *attac. Was wollen die Globalisierungskritiker?* Reinbek (Rowohlt).
- Habermas, J., 1990: *Die Moderne - ein unvollendetes Projekt*. Philosophisch-politische Aufsätze 1977-1990, Leipzig (Reclam).
- Höffe, O., 2002: *Demokratie im Zeitalter der Globalisierung*, München (Beck).
- Hondrich, K.O., Koch-Arzberger, C., 1992: *Solidarität in der modernen Gesellschaft*, Frankfurt am Main (Fischer).
- Kieselbach, Th., 1987: „Funktion und Perspektiven psychosozialer Intervention bei Arbeitslosen“, in: Kieselbach, Th.; Wacker, A.: *Individuelle und gesellschaftliche Kosten der Massenarbeitslosigkeit*, Weinheim (Deutscher Studien Verlag), S. 352-373.
- Köpf, P., 1998: *Stichwort: Globalisierung*, München (Heyne).
- Kurz, R., 1999: *Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft*, Frankfurt am Main (Eichborn).
- Martin, H.P., Schumann, H., 1997: *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*, Reinbek (Rowohlt).
- Marx, K., 1964: *Die Frühschriften*, hg. von S. Landshut, Stuttgart (Kröner).
- Marx, K., 1971: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie* Bd. III, hg. von F. Engels. Mit einem Nachwort von H. Gerfin und R. Hickel. Frankfurt am Main und Berlin-Wien (Ullstein).
- Otte, R., 2004: „Blockierte Produktivität und vage Verantwortungen. Ein Versuch zum Geist der Wirtschaft nach Motiven von Erich Fromm“, in: *Authentisch leben. Die Postmoderne und Erich Fromms Auffassung vom Menschen*. Fromm Forum Bd. 8/2004, S. 52-61.
- Roth, R., 2003: *Nebensache Mensch. Arbeitslosigkeit in Deutschland*, Frankfurt am Main (DVS - Digitaler Vervielfältigungs- und Verlagsservice).
- Sennett, R., 1998: *Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus*, Berlin (Berlin-Verlag).
- Weber, M., 1920: „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“, in: ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Bd. I, Tübingen (Mohr), S. 1-206.
- Wöhlcke, M., 2003: *Das Ende der Zivilisation. Über soziale Entropie und kollektive Selbstzerstörung*, München (Deutscher Taschenbuch Verlag).

**Copyright** © 2005 by Dr. Helmut Johach  
Walpersdorfer Str. 13  
D-91126 Rednitzhembach  
E-Mail: helmut.johach[at-symboly]web.de